

Dow Olefinverbund GmbH Schkopau

Testatsexemplar

Lagebericht und Jahresabschluss
für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025
sowie Bestätigungsvermerk des unabhängigen
Abschlussprüfers

Inhaltsübersicht

Lagebericht und Jahresabschluss

Lagebericht

Bilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Deloitte bezieht sich auf Deloitte Touche Tohmatsu Limited (DTTL), ihr weltweites Netzwerk von Mitgliedsunternehmen und ihre verbundenen Unternehmen (zusammen die „Deloitte-Organisation“). DTTL (auch „Deloitte Global“ genannt) und jedes ihrer Mitgliedsunternehmen sowie ihre verbundenen Unternehmen sind rechtlich selbstständige und unabhängige Unternehmen, die sich gegenüber Dritten nicht gegenseitig verpflichten oder binden können. DTTL, jedes DTTL-Mitgliedsunternehmen und verbundene Unternehmen haften nur für ihre eigenen Handlungen und Unterlassungen und nicht für die der anderen. DTTL erbringt selbst keine Leistungen gegenüber Kunden. Weitere Informationen finden Sie unter www.deloitte.com/de/UeberUns.

Dow Olefinverbund GmbH, Schkopau

Lagebericht zum Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2025

1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen

Die Dow Olefinverbund GmbH, Schkopau (nachfolgend kurz „DCG“ oder „Gesellschaft“ genannt) hat ihren Sitz in Schkopau, betreibt Anlagen an den Standorten Schkopau (Werk Schkopau), Böhlen (Werk Böhlen), Leuna (Werk Leuna) und Teutschenthal. Die Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag mit einem Stammkapital von EUR 236.580,00 im Handelsregister des Amtsgerichtes Stendal (HRB 214698) eingetragen.

Im Geschäftsjahr 2002 erfolgte die Umstrukturierung der wirtschaftlichen Vorgängergesellschaft der DCG, der Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH, Schkopau (BSL). Die BSL bzw. DCG produziert seit diesem Zeitpunkt im Auftrag der Dow Europe GmbH, Horgen, Schweiz (DEG), unter Erstattung ihrer Fertigungskosten zzgl. eines Verarbeitungsentgeltes. Die DCG verfügt bis auf die ausgewiesenen Ersatzteile über keine eigenen Vorratsbestände.

Nach der Verschmelzung der Dow Starfish Holding B.V. Hoek, Niederlande, auf die Dow Europe Holding B.V., Hoek, Niederlande, werden die Geschäftsanteile der DCG zum Bilanzstichtag zu 89,90 % von der Dow Europe Holding B.V., Hoek, Niederlande, und zu 10,10 % von The Dow Chemical Company, Midland, USA, gehalten.

Die Gesellschaft gehört über ihre Gesellschafter zum Konzern der The Dow Chemical Company (TDCC), Midland, USA (kleinster Kreis von Unternehmen) sowie zum Konzern der Dow Inc., Midland, USA (größter Kreis von Unternehmen).

1.2 Forschung und Entwicklung

Alle Forschungsaktivitäten der DCG sind in der Globalen Business Organisation oder innerhalb von Global Corporate R&D der TDCC 100%ig eingebunden. Damit werden neben den lokalen Aufgaben ebenso Projekte und Aufträge für die globale Organisation bearbeitet.

Dies betrifft sowohl Prozess- und Produktoptimierungen als auch Technologieweiterentwicklungen mit dem Ziel der Kostenreduzierung unter Berücksichtigung strategischer Unternehmensziele. Darüber hinaus werden regelmäßig neue Produkttypen zur Verbesserung der Marktposition global entwickelt und diese dann lokal in den jeweiligen Anlagen der DCG als Erweiterung des Produktportfolios hergestellt.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Branchenspezifisches Umfeld

Laut dem Verband der chemischen Industrie (VCI) hat sich die Produktion in Deutschland im Jahr 2025 um -3,3 % gegenüber dem Vorjahr verringert. Die Kapazitätsauslastung der Chemieanlagen lag bei 72,5 % im letzten Quartal 2025 und damit weiterhin unter der Rentabilitätsschwelle. Der Umsatzrückgang in Höhe von -3,8 % (Inlandsumsatz -3,3 %; Auslandsumsatz -4,1 %) korrespondiert mit gesunkenen Erzeugerpreisen um -0,5 %.

Die Chemie leidet auf vielen Auslandsmärkten immer noch unter einer unvorteilhaften preislichen Wettbewerbsposition, sodass sie von der Dynamik wachsender internationaler Märkte kaum profitiert. Auf dem Heimatmarkt Europa konnte die Chemie im letzten Quartal 2025 ihr Umsatzniveau im Vergleich zu den vorangegangenen Monaten halten. Aber gegenüber dem Vorjahr war dies ein deutlicher Rückgang. Die Geschäfte mit Nordamerika brachen infolge der Schwäche des US-Markts ein. Auf den asiatischen Märkten konnte die Chemie ihren Auslandsumsatz wieder ausweiten. Im Vergleich zum Vorjahr stand aber immer noch ein deutliches Minus zu Buche.

2.2 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die DCG richtet ihre Geschäftsentwicklung nach den Führungskennzahlen Umsatzerlöse und Jahresergebnis aus. Bei den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren spielen die Auslastung der Produktionsanlagen, die Einhaltung des Arbeitsschutzes, gemessen an der Unfallquote, sowie die Vorsorge zur Vermeidung von Schadensfällen mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt eine wesentliche Rolle.

2.3 Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2025 der DCG war neben den Markteinflüssen auf die Geschäftsbeziehungen mit der Dow Europe GmbH (DEG) und die Geschäftsbeziehung mit der Equipolymers GmbH, Schkopau (Equipolymers) aufgrund der anhaltenden wirtschaftlichen Gesamtlage nicht zufriedenstellend. Die Anlagenauslastung verringerte sich im Geschäftsjahr 2025, blieb damit hinter den Erwartungen zurück.

Da die Equipolymers keine eigenen Personen beschäftigt, werden sämtliche Aufgaben, einschließlich des Betriebes der Anlage, innerhalb der Gesellschaft auf der Grundlage eines Service-Vertrages von der DCG wahrgenommen. Weiterhin bestehen zwischen beiden Gesellschaften Verträge zu standorttypischen Leistungen.

Im Juli 2025 gab die The Dow Chemical Company, (TDCC), Midland/USA, bekannt, dass der Konzern beschlossen hat, die Chlor-Alkali- und Vinyl-Anlagen (CAV) in Schkopau und den Ethylen-Cracker einschließlich der Aromaten- und Butadien-Anlagen in Böhlen Ende 2027 außer Betrieb zu nehmen. Hieraus ergaben sich im Geschäftsjahr 2025 bereits Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Wir verweisen diesbezüglich auf nachfolgenden Abschnitt 2.4 „Lage des Unternehmens“.

Die Entwicklung des Gesamtergebnisses der Gesellschaft fiel im Jahr 2025 geringer als erwartet aus, der Jahresüberschuss verminderte sich um Mio. EUR 42,5 auf Mio. EUR 125,4. Grund für diese Entwicklung der Gesellschaft sind im Wesentlichen die um Mio. EUR 20,2 auf Mio. EUR 84,9 gesunkenen Beteiligungserträge sowie die mit Mio. EUR 28,0 um Mio. EUR 15,8 geringeren Zinserträge. Die Umsatzerlöse stiegen zwar deutlicher als erwartet um Mio. EUR 123,4 auf Mio. EUR 956,5, diesen stehen jedoch insbesondere auch höhere Personal- und Materialaufwendungen gegenüber.

Investitionsschwerpunkte im Geschäftsjahr 2025 waren planmäßige Instandhaltungen sowie Turnarounds in der LDPE (Low-Density Polyethylene)- und in der Aromaten-Anlage.

Am Standort Böhlen wurden die Arbeiten für die energetische Optimierung des Crackers sowie die Arbeiten am „Advanced Wetland“-Projekt weitergeführt. Darüber hinaus wurde eine ganze Reihe von Kleinprojekten für technologische und umweltrelevante Verbesserungen durchgeführt, sodass in Summe für die gesamte Gesellschaft in 2025 ca. Mio. EUR 18,7 investiert wurden.

Im Rahmen dieser Maßnahmen wurden die genannten Anlagenkomplexe planmäßig außer Betrieb genommen, Verschleißteile ausgewechselt und technologische Verbesserungen wie auch kleinere Investitionsprojekte umgesetzt. Die Vorbereitung und Durchführung dieser Maßnahmen ist durch entsprechende Teams erfolgt, welche alle Aktivitäten, sowohl mit internen als auch externen Partnern, koordiniert und überwacht haben. Weitere Schwerpunkte neben den technischen Arbeiten waren die Arbeitssicherheit und der Umweltschutz wie auch die externe Kommunikation während dieser Periode.

Die erreichte durchschnittliche Kapazitätsauslastung der Produktionsanlagen der Gesellschaft lag mit 59 % in 2025 unter der Auslastung des Vorjahres mit 62 %.

2.4 Lage des Unternehmens

2.4.1 Ertragslage

Umsatzentwicklung

Die Geschäftsbeziehungen der DCG mit der DEG und weiteren Konzerngesellschaften führen dazu, dass die Umsätze nur indirekt vom Markt beeinflusst werden und in erster Linie von der Auftragslage der DEG sowie den Produktionskosten, insbesondere den Energien beeinflusst werden. Der im Jahr 2025 erzielte Umsatz aus der Auftragsfertigung für die DEG und Serviceleistungen für andere Dow-Unternehmen beträgt Mio. EUR 785,0 (Vorjahr: Mio. EUR 664,9). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Weitergabe der Restrukturierungs-, Stilllegungs- und Rückbauaufwendungen in Höhe von Mio. EUR 138,4.

Die gestiegenen Material- und Personalaufwendungen führten bei gesunkener Auslastung zu höheren Auftragsfertigungskosten, die mit einem Gewinnaufschlag an die DEG weiterberechnet werden. Der Anstieg des Materialaufwandes resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe. Grund dafür sind im Wesentlichen höhere Energiekosten, davon zusätzlich Mio. EUR +28,0 für den Kauf von Gas, Öl und Dampf sowie Mio. EUR +8,0 für CO₂-Zertifikate. Zudem wirkten sich Rückstellungsbildungen für Stilllegung sowie Demontage und Rückbau (Mio. EUR 17,9) aufgrund der vorgesehenen Anlagenschließungen aus.

Der Hauptgrund für den Anstieg der Personalaufwendungen sind höhere Personalrestrukturierungsaufwendungen infolge der vorgesehenen Stilllegung von Anlagen an den Standorten Böhlen und Schkopau (Mio. EUR 99,0).

Die Umsätze aus Energieverkäufen und standorttypischen Serviceleistungen mit Dritten stiegen preisbedingt um Mio. EUR 2,8.

Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2025 wurde mit einem Jahresüberschuss von Mio. EUR 125,4 abgeschlossen und liegt damit um Mio. EUR 42,5 unter dem Ergebnis des Vorjahres.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (Mio. EUR 37,6) resultieren im Wesentlichen aus Kostenerstattungen (Mio. EUR 12,7), davon betreffen Mio. EUR 6,2 periodenfremde Erträge und Mio. EUR 22,9 Beihilfen für indirekte CO₂-Kosten für das Jahr 2024.

Die Relation Materialaufwand (inkl. Bestandsveränderung) zum Umsatz ist mit 64,1 % gegenüber dem Vorjahr (72,4 %) gesunken.

Die Personalaufwendungen in Höhe von Mio. EUR 267,8 liegen um Mio. EUR 108,4 über dem Niveau von 2024. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen und Abfindungen im Zusammenhang mit den geplanten Anlagenschließungen sowie gestiegenen Aufwendungen für Altersversorgung.

Die Personalintensität liegt im Geschäftsjahr bei 28,0 % und ist gegenüber dem Vorjahr (19,1 %) gestiegen.

Die planmäßigen Abschreibungen betrugen Mio. EUR 33,1 und liegen damit über dem Niveau des Vorjahres (Mio. EUR 24,8). Grund für den Anstieg ist insbesondere die Verkürzung der Nutzungsdauern des Crackers einschließlich der Aromaten- und Butadien-Anlagen in Böhlen und der Chlor-Alkali- und Vinyl-Anlagen (CAV) in Schkopau aufgrund der geplanten Stilllegung Ende 2027. Hieraus resultieren zusätzliche Abschreibungen in Höhe von Mio. EUR 8,2.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Mio. EUR 39,8) sind im Vergleich zum Vorjahr (Mio. EUR 42,7) gesunken. Dies resultiert insbesondere aus einer Einzelwertberichtigung von Mio. EUR 14,4 im Vorjahr. Dem gegenüber wurden im Berichtsjahr Projekte und geleistete Anzahlungen ausgebucht (Mio. EUR 11,6).

Das Finanzergebnis ist im Vergleich zum Vorjahr um Mio. EUR 36,1 auf Mio. EUR 112,6 gesunken. Dies resultiert hauptsächlich aus um Mio. EUR 15,8 geringeren Zinserträgen, vor allem aus Cash Pool-Guthaben. Gleichzeitig sanken auch die Erträge aus Gewinnabführung um Mio. EUR 20,3.

Zusammenfassend lässt sich das **Jahresergebnis** wie folgt darstellen:

	2025 Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR
Gesamtleistung	997	873
Materialaufwand	613	604
Personalaufwand	268	159
Abschreibungen	33	25
Sonstige betriebliche Aufwendungen	40	43
Erträge aus Gewinnabführungen	85	105
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28	44
Steueraufwand/-ertrag (-)	31	23
	<u>125</u>	<u>168</u>

2.4.2 Vermögenlage

Vermögen

Die Bilanzsumme verringerte sich im Berichtsjahr auf Mio. EUR 1.840 (Vorjahr: Mio. EUR 2.474). Dies ist im Wesentlichen auf den Rückgang der Forderungen gegen verbundene Unternehmen zurückzuführen. Diese Veränderung zum Vorjahr resultiert hauptsächlich aus dem gesunkenen Cash Pool-Guthaben aufgrund der Dividendenausschüttung in Höhe von Mio. EUR 850 und den gesunkenen Forderungen aus den Gewinnabführungen von verbundenen Unternehmen in Höhe von Mio. EUR 85 (Vorjahr: Mio. EUR 105).

Das Anlagevermögen verminderte sich vor allem abschreibungsbedingt sowie aufgrund von Anlagenabgängen um Mio. EUR 24. Grund für den deutlichen Anstieg der Abschreibungen ist die Verkürzung der Nutzungsdauern von Anlagen des Cracker-Verbundes in Böhlen und der CAV-Anlagen in Schkopau, die Ende 2027 stillgelegt werden sollen.

Kapitalstruktur

Das Eigenkapital verringerte sich durch die Dividendenausschüttung in Höhe von Mio. EUR 850, der ein erzielter Jahresüberschuss 2025 von Mio. EUR 125,4 gegenüber steht. Die Eigenkapitalquote beträgt 72,0 % (Vorjahr: 82,8 %). Die Verringerung der Eigenkapitalquote ist neben dem Rückgang des Eigenkapitals auf den Anstieg des Fremdkapitals zurückzuführen.

Die Pensionsrückstellungen erhöhten sich um Mio. EUR 1,6 und die Sonstigen Rückstellungen erhöhten sich um Mio. EUR 127,3. Dies resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Rückstellungen für Personalrestrukturierungsmaßnahmen (Mio. EUR +105,8) sowie den gebildeten Rückstellungen für Stilllegung und Rückbau von Anlagen des Cracker-Verbundes in Böhlen und der CAV-Anlagen in Schkopau (Mio. EUR 17,9).

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich stichtagsbedingt um Mio. EUR 6,5.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind im Jahr 2025 stichtagsbedingt gestiegen.

Investitionen

Die Sachanlagenintensität, die dem Anteil der Sachanlagen an der Bilanzsumme entspricht, ist mit 13 % im Vergleich zum Vorjahr angestiegen (Vorjahr: 10 %). Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Bilanzsumme. Im Geschäftsjahr wurden für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen insgesamt Mio. EUR 18,7 ausgegeben. Die Ausgaben der Gesellschaft lagen damit unter dem Vorjahresniveau von Mio. EUR 23,5.

Hinsichtlich der Investitionsschwerpunkte wird auf die Ausführungen unter Punkt 2.2 „Geschäftsverlauf“ verwiesen.

2.4.3 Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens war durch die vollständige Einbindung in den Dow-Konzern-Cash Pool zu jeder Zeit gesichert. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Cash Pool-Forderung verringert.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der operative Cashflow für das Jahr 2025 um Mio. EUR 66,8 auf Mio. EUR 125,5. Der Anstieg resultiert trotz des gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Periodenergebnisses insbesondere aus dem Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie dem noch nicht zahlungswirksamen Anstieg der sonstigen Rückstellungen, dem jedoch aufgrund der Weiterberechnung von Aufwendungen gleichzeitig ein deutlicher Anstieg der Forderungen gegen verbundene Unternehmen gegenübersteht.

Der Finanzbedarf für die Investitionstätigkeit in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände des Geschäftsjahres (Mio. EUR 18,7) konnte vollständig aus dem operativen Cashflow gedeckt werden.

Im Ergebnis verringerte sich der Finanzmittelfonds um Mio. EUR 639,7 auf Mio. EUR 211,8.

2.4.4 Beschäftigte Personen

Im Geschäftsjahr 2025 waren bei der DCG durchschnittlich 1.419 Personen angestellt, gegenüber durchschnittlich 1.448 beschäftigten Personen im Geschäftsjahr 2024.

Weiterhin waren bei der Gesellschaft im Durchschnitt 118 Auszubildende in einem Ausbildungsverhältnis. Somit konnte die seit Jahren gute Arbeit in der Ausbildung von Jugendlichen erfolgreich fortgesetzt werden. Die laufende Qualifizierung und Entwicklung der Belegschaft wurde zielgerichtet fortgeführt und wird entsprechend den Anforderungen der Geschäftsbereiche und Funktionen auf hohem Niveau gewährleistet. Die in der Gesellschaft in den verschiedensten Funktionen und Produktionsbereichen genutzten Arbeitsprozesse wurden wie bereits in den Vorjahren weiter optimiert und den Erfordernissen, neuesten Entwicklungen und dem Stand der Technik entsprechend angepasst.

Auch im Geschäftsjahr 2025 wurden die betriebliche Altersversorgung sowie die Beteiligung der beschäftigten Personen an der Erreichung von Unternehmenszielen durch die erfolgsabhängige Vergütung fortgesetzt.

2.4.5 Umweltschutz und Arbeitssicherheit

Die an den Standorten Böhlen und Schkopau im Jahre 2025 durch die Behörden durchgeführten IED (Industrial Emissions Directive) Kontrollen wiesen keine Mängel auf. So wurde es auch in den Internetveröffentlichungen ausgewiesen.

Trotz der aufgetretenen temporären Überschreitungen von Grenzwerten (Halbstunde, Tag) kann von einer Einhaltung der genehmigten Schadstofffrachten über die Emissionsquellen gesprochen werden. Die genehmigte Schadstofffracht betrachtet die maximale Schadstoffkonzentration bei maximalem Abgasvolumenstrom in Dauerbelastung (Grundlage für die Immissionsprognose).

Aktiv fortgesetzt wurden die Information der Bevölkerung zu Umweltfragen und die Kontaktpflege des Unternehmens mit angrenzenden Gemeinden, einschlägigen Behörden, Bildungseinrichtungen etc., u.a. durch die an den Standorten Böhlen und Schkopau vorhandenen Bürgerkontaktgruppen.

Im Bereich Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit konnte mit drei meldepflichtigen Ereignissen die interne Zielstellung nicht erreicht werden.

Dennoch gehört die Dow Olefinverbund GmbH mit einer Unfallquote 2,04 % (bezogen auf 1.000 Beschäftigte) im Jahr 2025 zu den führenden Unternehmen der chemischen Industrie im Bereich Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit in Deutschland.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Risikobericht

Risikomanagement

Da die TDCC ihre unternehmerische Tätigkeit weltweit auf der Basis von Geschäftsbereichen führt, ist für die weitergehende Wirtschaftlichkeits- und strategische Risikobetrachtung auch auf die entsprechende Einschätzung des Konzerns und der Geschäftsbereiche zu verweisen. Insbesondere ist hier auf die globale Risk Management Gruppe, die auf der Basis der globalen Risk Management Policy wirkt, hinzuweisen. Prämisse für das Risk Management ist einerseits mit einem der Unternehmens- und Geschäftsbereichsgröße angepassten Aufwand den gesetzlichen als auch den unternehmensinternen Anforderungen zu genügen und andererseits zusammen mit dem Bereich Finance & Controlling das interne Kontrollsystem des Unternehmens zu stärken. Die Gesellschaft ist in den weltweiten Kontrollprozess von TDCC eingebunden.

Ausführliche Informationen zu den Kontrollsystemen der Gesellschaft sind dem gemeinsamen Jahresbericht 2025 der Dow Inc. und der The Dow Chemical Company, Midland, Michigan, USA (10K-Report), bei der United States Securities and Exchange Commission, Washington, D.C. 20549, unter der Registrierungsnummer 001-03433 (TDCC) bzw. 001-38646 (Dow Inc.), zu entnehmen. Dieser wurden mit Datum 3. Februar 2026 von Deloitte & Touche LLP, Midland, Michigan, USA, zertifiziert.

Verantwortlich für unsere Umwelt, unsere beschäftigten Personen und Nachbarn steht die Dow Olefinverbund GmbH für nachhaltige Chemie. In seinem Selbstverständnis als verantwortlich handelndes Unternehmen pflegt Dow dauerhafte, vertrauensvolle Beziehungen zu Gemeinden, Behörden und der Öffentlichkeit in Mitteldeutschland. Das Ziel: Offenheit und Transparenz zu gewährleisten. Das Unternehmen nutzt dafür verschiedene Kanäle, wie die jährlich erscheinende Nachbarschaftszeitung „Hallo Nachbar“, die regelmäßige Kommunikation über Internet und Social Media (Facebook & Twitter) sowie Veröffentlichungen in lokalen und regionalen Medien. Gleichzeitig bezieht das Unternehmen die Menschen in den Nachbargemeinden auch aktiv ein, sei es im konstruktiven Dialog mit den Bürgerkontaktgruppen und Bürgermeistern, bei regelmäßigen Tagen der offenen Tür oder Besuchen in den Werken.

Eine bedeutende Rolle spielt für die DCG auch die Entwicklung der beschäftigten Personen, um den zukünftigen Belangen des Unternehmens Rechnung zu tragen. Neben einer intensiven Weiterentwicklung der beschäftigten Personen durch entsprechende Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, wird durch zielgerichtetes Management für den erforderlichen Nachwuchs auf allen Ebenen gesorgt.

Konjunkturelle Risiken

Die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft ist von der gesamtwirtschaftlichen Lage und der Nachfrageentwicklung in wesentlichen Abnehmerindustrien abhängig. Anhaltend schwache Konjunkturimpulse, ein intensiver internationaler Wettbewerb sowie weiterhin erhöhte Produktionskosten – insbesondere energie- und rohstoffbedingt – können zu rückläufigen Absatzmengen, Preis- und Margendruck sowie zu einer unzureichenden Auslastung der Produktionsanlagen führen. Dies kann sich mittelbar über die Entwicklung der Auftraggeber- und Konzerngesellschaften auf die Auslastung der Anlagen und damit auf die Ergebnisentwicklung der Gesellschaft auswirken. Das Management beobachtet die konjunkturellen Indikatoren fortlaufend und leitet bei Bedarf Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Anpassung der Kostenstrukturen ein.

Regulatorisches Umfeld

Auf der Grundlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wurde stromintensiven Unternehmen in Deutschland eine Teilbefreiung von der EEG-Umlage gewährt. Diese Besondere Ausgleichsregelung umfasst ebenfalls die KWK- sowie die Offshore-Umlage. Die EEG-Umlage wurde ab dem Juli 2022 auf null abgesenkt und mit dem in Kraft tretenden Energiefinanzierungsgesetz zum 1. Januar 2023 wurde die EEG-Umlage vollständig abgeschafft. Die Besondere Ausgleichsregelung, welche nun ausschließlich die KWKG- und Offshore-Netzumlage umfasst, wurde in das Energiefinanzierungsgesetz überführt. Ein Antrag auf Entlastung für das Begrenzungsjahr 2026 wurde gemäß der neuen gesetzlichen Grundlage gestellt und bewilligt.

Darüber hinaus kann für stromintensive Unternehmen eine Entlastung im Rahmen der Strompreiskompensation (Beihilfe zur Kompensation indirekter CO₂-Kosten aus dem EU-Emissionshandel) in Anspruch genommen werden. Ziel der Regelung ist es, Carbon-Leakage-Risiken zu mindern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Branchen zu sichern. Die Gewährung erfolgt auf Grundlage der jeweils geltenden nationalen Regelungen sowie der beihilferechtlichen Vorgaben der EU und setzt u.a. die Zugehörigkeit zu beihilfefähigen Sektoren, Erfüllung ökologischer Gegenleistungen sowie die fristgerechte Antragstellung voraus.

Zusätzlich besteht für beihilfefähige Unternehmen die Möglichkeit einer Carbon-Leakage-Kompensation nach der Verordnung über Maßnahmen zur Vermeidung von Carbon Leakage durch den nationalen Brennstoffemissionshandel (BECV) auf Grundlage des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG). Die BECV dient der Entlastung indirekter CO₂-Kosten, die durch den nationalen Emissionshandel (u.a. auf Brennstoffe wie Erdgas, Heizöl, Benzin und Diesel) entstehen, und soll Wettbewerbsnachteile im internationalen Wettbewerb reduzieren. Die Inanspruchnahme ist u.a. an die Zugehörigkeit zu beihilfefähigen Sektoren, Nachweis der relevanten Energieträgerverbräuche sowie an die Umsetzung bzw. den Nachweis von Klimaschutzmaßnahmen geknüpft und erfolgt im Rahmen eines fristgebundenen Antragsverfahrens. Das Unternehmen erfüllt die Voraussetzungen und wird die Anträge stellen.

Bis 2030 will Deutschland den Treibhausgasausstoß um mindestens 65 % verringern. Dafür hat die Bundesregierung in einem Klimaschutzgesetz ihr nationales Klimaschutzziel verbindlich festgeschrieben, welches am 18. August 2021 in Kraft getreten ist und das bisher definierte Ziel von 55 % (Klimaschutzgesetz vom 18. Dezember 2019) ersetzt hat. Die Bundesregierung hat weitere verschärfte Maßnahmen festgelegt. Bis 2040 sollen die Treibhausgasemissionen um mindestens 88 %, bis 2045 Treibhausneutralität und nach 2050 sollen negative Treibhausgasemissionen erreicht werden. Die chemische Industrie hat sich mit der im Oktober 2019 veröffentlichten „Roadmap Chemie 2050 - Auf dem Weg zu einer treibhausgasneutralen chemischen Industrie in Deutschland“ zur Senkung ihres eigenen Treibhausgasausstoßes bekannt und will mit innovativen Produkten dazu beitragen, dass auch in anderen Bereichen Emissionen eingespart werden können.

Finanzielle Risiken

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen Dritte sowie gegen verbundene Unternehmen werden regelmäßig überwacht.

Die Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DCG ist durch die Einbeziehung in den Dow-Cash Pool zu jeder Zeit gewährleistet. Die Wahrung der Funktion erfüllt die DIFS, die als Bank des Dow-Konzerns fungiert. Zum Bilanzstichtag bestanden Mio. EUR 211,8 des Vermögens aus Cash Pool-Forderungen gegen die DIFS. Aufgrund der Bonität des Dow-Konzerns werden keine wesentlichen Ausfallrisiken der gesamten Forderungen gesehen. Die Einbindung der DCG in den konzerninternen Cash Pool liegt zudem im Interesse der Gesellschaft und im Konzerninteresse.

Die DCG finanziert sich im Wesentlichen konzernintern über die DIFS. Sie ist somit nur mittelbar über die Bonität der DIFS bzw. des Dow-Konzerns einem Finanzierungsrisiko im Zusammenhang mit Prolongationsrisiken für Kredite sowie dem Finanzierungskostenrisiko aufgrund einer Bonitätsverschlechterung ausgesetzt.

Die schwankenden Wechselkursrelationen EUR/USD haben einen begrenzten Einfluss auf das Ergebnis. Währungsgeschäfte werden durch entsprechende Finanzierungsinstrumente mit der Dow Financial Services Inc., monatlich abgesichert.

Operative Risiken

Die Gesellschaft ist aufgrund der Auftragsfertigung für die DEG den Risiken aus Schwankungen der Rohstoff- und Endproduktpreise nicht unmittelbar ausgesetzt. Somit sind die Marktgegebenheiten auf der Rohstoff- bzw. der Absatzseite nicht maßgeblich für die DCG. Im Rahmen der Auftragsfertigung ist die Gesellschaft jedoch indirekt von den wirtschaftlichen Verhältnissen der DEG abhängig. Sollten hier Verschlechterungen durch Marktschwankungen bei den Rohstoff- und Endproduktpreisen eintreten, könnte das gegebenenfalls auch Auswirkungen auf die Lage der Gesellschaft aufgrund der vereinbarten Vertragsbeziehungen mit der DEG haben, d.h. es können sich beispielsweise negative Auswirkungen auf die Kapazitätsauslastung ergeben.

Längerfristig ist für die erfolgreiche Entwicklung der DCG ausschlaggebend, dass die Produktion weiterhin auf Basis des aktuellen technologischen Know-hows und somit auf einem maximal wettbewerbsfähigen Niveau erfolgt. Die Produktionsanlagen der Gesellschaft befinden sich auf dem aktuellen Stand der Technik und unterliegen einer ständigen Wartung und Zertifizierung. Weiterhin sind die Anlagen gegen Umwelt Risiken, Betriebsunterbrechungen und technische Defekte versichert. Risiken in diesem Zusammenhang würden sich daher aus einer unerwarteten Veränderung von Produktions- und Verfahrenstechniken ergeben. Diese technischen Risiken werden durch die ständige Überwachung und Verbesserung der Produktionsverfahren und Anlagen sowie durch Nutzung von entsprechenden Erfahrungen, Technologie Know-how und Ergebnissen innerhalb des Konzernverbundes minimiert. Die Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Auswirkung werden als gering eingeschätzt.

Unwägbarkeiten ergeben sich für das Unternehmen weiterhin resultierend aus der individuellen Wirtschaftlichkeit seiner am Standort vertretenen Geschäftsbereiche sowie Vertragspartner und den sich hieraus abgeleiteten Konsequenzen für die Kapazitätsauslastung bzw. den Fortbestand der Produktion am Standort. In diesem Kontext steht der Beschluss aus Juli 2025, die Chlor-Alkali- und Vinyl-Anlagen in Schkopau und den Ethylen-Cracker einschließlich der Aromaten- und Butadien-Anlagen in Böhlen Ende 2027 außer Betrieb zu nehmen.

Die genauen Auswirkungen des von der Dow- Konzernleitung im Januar 2026 bekanntgegebenen Programms zur Steigerung von Wachstum und Produktivität und den damit verbunden Restrukturierungsmaßnahmen sind zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht voll einschätzbar.

3.2 Prognose- und Chancenbericht

Prognose

Die Chemische Industrie blickt auf ein schwieriges Jahr zurück. Die Produktion reduzierte sich, die Kapazitäten blieben wirtschaftlich unausgelastet, Preise gerieten weiter unter Druck und die Umsätze sanken spürbar.

Laut VCI zeichnet sich auch für die kommenden Monate keine Trendwende ab. Es gibt zwar erste Signale einer industriellen Erholung dies gilt noch nicht für die Chemische Industrie.

Insgesamt leidet die Branche unter einer schwachen Industriekonjunktur, hohen Importdruck und intensivem Preiswettbewerb.

Hinzu kommen geopolitische Spannungen, die nicht nur das exportorientierte Geschäftsmodell erschweren, sondern auch die Weltwirtschaft bremsen. Der eskalierende Konflikt im Nahen Osten erhöhte zuletzt spürbar die Unsicherheiten an den Energie- und Transportmärkten.

Für die Gesellschaft ergeben sich daraus Chancen und Risiken gleichermaßen. Chancen bestehen insbesondere, sofern sich die Industriekonjunktur stabilisiert und wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien (z.B. Entlastungen bei Energie- und Standortkosten, Abbau von Bürokratie) greifen. Risiken resultieren aus der weiterhin gedämpften Nachfrage, anhaltendem Preis- und Importdruck sowie aus erhöhter Volatilität bei Energie- und Rohstoffpreisen. Geopolitische Entwicklungen – einschließlich der Fortdauer des Krieges in der Ukraine sowie weiterer Spannungen im Nahen Osten – können zu Störungen von Lieferketten und Transportwegen führen.

Die Gesellschaft richtet ihre Maßnahmen weiterhin auf die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, die Steigerung der Effizienz sowie die Unterstützung der Transformation zu nachhaltigeren Wertschöpfungsketten aus. Die Auswirkungen internationaler Handels- und Zollpolitik bleiben dabei ein Unsicherheitsfaktor und können Absatzmärkte, Kosten und Lieferketten beeinflussen.

Produktion

Der VCI rechnet für das Gesamtjahr 2026 mit einer stagnierenden Produktion in Deutschland (excl. Pharma), um 1 % rückläufigen Preisen und einem Branchenumsatz, der voraussichtlich ebenfalls um 2 % abnimmt.

Erzeugerpreise

Die Erzeugerpreise der Chemischen Industrie sind in 2025 im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 % gesunken. Für 2026 erwartet der VCI in der ersten Analyse, dass die Erzeugerpreise im Jahr 2026 um 1,0 % sinken. Diese Einschätzung ist jedoch mit Unsicherheiten behaftet und ist stark von der Entwicklung im Persischen Golf und der Energiepreise sowie Einflüssen aus den USA abhängig.

Ausblick 2026

Im Jahr 2026 wird die chemische Industrie weiterhin mit Herausforderungen konfrontiert sein, die sich aus anhaltenden geopolitischen Konflikten, hohen internationalen Kosten und einer gedämpften Nachfrage ergeben. Das Geschäftsumfeld bleibt volatil, was wirtschaftliche Prognosen schwierig macht. Das Führungsteam beobachtet die Situation aufmerksam und ist bereit, in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbereichen von Dow auf Marktindikatoren zu reagieren.

Trotz dieser Unsicherheiten bleibt das Unternehmen dem Ziel verpflichtet, Umweltbelastungen zu reduzieren und Umweltvorschriften einzuhalten. Die Erfahrungen und Strategien der vergangenen Jahre werden genutzt, um diese Herausforderungen effektiv zu meistern. Das Engagement der Mitarbeiter und ein robustes Managementsystem spielen weiterhin eine entscheidende Rolle bei der Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit, der Reduzierung von Arbeitsunfällen und der ordnungsgemäßen Abfallentsorgung.

Darüber hinaus stellen die laufenden globalen Handelszoll-Diskussionen erhebliche Herausforderungen dar, die potenziell Handelsströme stören und neu ordnen könnten. Dies könnte zu erheblichen Erhöhungen der Logistikvorlaufzeiten führen und die Lieferkette weiter verkomplizieren. Das Unternehmen arbeitet aktiv daran, diese Probleme zu bewältigen, um ihre Auswirkungen zu minimieren und weiterhin widerstandsfähig und anpassungsfähig gegenüber wirtschaftlichen und geopolitischen Belastungen zu bleiben.

Der bereits langanhaltende Auftragsmangel entschärft sich nur zögerlich. Viele Industrieunternehmen agieren weiterhin vorsichtig. Sie bestellen nur, was kurzfristig benötigt wird – entsprechend steigen Auftragseingänge und Umsätze in der Chemie nur langsam. Es bestehen erhebliche Unsicherheiten auf der Angebotsseite für Rohstoffe wie auf der Nachfrageseite.

Die Auswirkungen auf den Anlagenbetrieb können derzeit kaum abgeschätzt werden. Neben der bereits beschlossenen Stilllegung der CAV-Anlagen in Schkopau sowie von Anlagen des Cracker-Verbundes in Böhlen Ende 2027 hat die Dow- Konzernleitung im Januar 2026 ein Programm zur Steigerung von Wachstum und Produktivität und damit zur Wettbewerbsfähigkeit von Dow angekündigt. Angestrebt wird eine kurzfristige Verbesserung des operativen EBITDA in Höhe von mindestens 2 Mrd. USD sowie eine sukzessive Reduzierung des Personalbestands. Nach derzeitiger Planung sind ca. 85 Beschäftigte an den Standorten der DCG von den beabsichtigten Stellenstreichungen betroffen. Die genauen Auswirkungen und der Zeitplan sind Bestandteil der anstehenden Beratungen mit den Arbeitnehmervertretungen.

Insgesamt erwarten wir für das Jahr 2026, basierend auf der aktuellen Situation, einen operativen Geschäftsverlauf auf dem Niveau von 2025. Aufgrund des teilweisen Wegfalls weiterberechenbarer Restrukturierungsaufwendungen wird erwartet, dass die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr stark sinken werden. Aktuell gehen wir davon aus, dass die Anlagenauslastung leicht über dem Vorjahr liegen wird. Die Beteiligungserträge werden voraussichtlich geringer ausfallen und damit gehen wir von einem niedrigeren Jahresergebnis aus.

Die Entwicklung der Umsätze für das Jahr 2026 und die Folgejahre wird weiterhin einerseits beeinflusst sein durch die mittelbaren Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und im Nahen Osten, der Zollpolitik der USA und dem nach wie vor unsicheren europäischen wie auch internationalen Wirtschaftsumfeld, in welchem sich die Dow Olefinverbund GmbH behaupten muss, und andererseits davon abhängig sein, wie gut es dem Dow Olefinverbund GmbH Management gelingen wird, durch die Reduzierung der Produktionskosten die Wettbewerbsfähigkeit seiner Produkte aktiv zu beeinflussen und sicherzustellen. Des Weiteren werden die geplanten Anlagenschließungen einen Einfluss auf die Gesamtkostenstruktur des Unternehmens haben.

Die Vorschau berücksichtigt darüber hinaus auch die kontinuierliche Bereitstellung standorttypischer Services für die Value Park Kunden, deren Nachfrage weiterhin rückläufig ist.

Im Bereich Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit streben wir eine Unfallquote von 0 % an.

Wir treffen Entscheidungen auf eine Weise, die den Wert der Natur berücksichtigt. So entstehen Projekte, die sowohl dem Unternehmen als auch den natürlichen Ökosystemen dienen. Unser Ziel ist es, Schadensfälle mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt zu verhindern.

Oben genannte Erwartungen basieren auf zuletzt verfügbaren Daten und Einschätzungen und beziehen alle zum gegenwärtigen Zeitpunkt bekannten positiven und negativen Faktoren mit ein.

4 Erklärung zur Unternehmensführung

Der Aufsichtsrat der DCG hatte in seiner Sitzung vom 2. Februar 2026 für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates eine Zielgröße für den Frauenanteil von 22 % und für die Zusammensetzung der Geschäftsführung von 33 % bis zum 1. Juni 2027 beschlossen.

Zum Jahresende 2025 betrug die Frauenquote im Aufsichtsrat 33 % und innerhalb der Geschäftsführung 33 %. Die Verbesserung der Frauenquote steht weiterhin im Fokus.

Schkopau, den 29. Juni 2026

gez. Kristan Soto

gez. Mark Junge

gez. Lars Domogalla

Dow Olefinverbund GmbH, Schkopau**Bilanz zum 31. Dezember 2025****Aktiva**

	31.12.2025 EUR	Vorjahr TEUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.489.568,63	7.389
2. Geleistete Anzahlungen	488.633,60	8
	<u>6.978.202,23</u>	<u>7.397</u>
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	118.122.877,05	114.612
2. Technische Anlagen und Maschinen	98.256.499,68	108.552
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.813.758,25	6.928
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.785.480,92	22.617
	<u>228.978.615,90</u>	<u>252.709</u>
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	896.107.980,32	896.108
2. Beteiligungen	536.856,48	537
	<u>896.644.836,80</u>	<u>896.645</u>
	<u>1.132.601.654,93</u>	<u>1.156.751</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	104.165.632,57	85.543
2. Fertige Erzeugnisse	51.561,98	51
	<u>104.217.194,55</u>	<u>85.594</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	27.161.312,04	110.454
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	542.490.481,60	1.098.168
3. Sonstige Vermögensgegenstände	31.482.739,73	21.383
	<u>601.134.533,37</u>	<u>1.230.005</u>
	<u>705.351.727,92</u>	<u>1.315.599</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.597.180,94	2.066
	<u>1.839.550.563,79</u>	<u>2.474.416</u>

Dow Olefinverbund GmbH, Schkopau

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025

	2025 EUR	Vorjahr TEUR
1. Umsatzerlöse	956.489.274,13	833.139
2. Verminderung des Bestands an fertigen Erzeugnissen	980,78	14
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	3.009.035,03	3.049
4. Sonstige betriebliche Erträge	37.617.461,89	36.273
davon aus Auflösung des Sonderpostens für Investitions- zulagen und -zuschüsse zum Anlagevermögen: EUR 307.760,79 (Vorjahr: TEUR 308)		
	997.116.751,83	872.475
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	324.756.947,86	291.240
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	287.936.865,04	312.259
	612.693.812,90	603.499
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	234.239.511,87	127.535
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	33.536.895,26	31.904
davon für Altersversorgung: EUR 10.209.868,19 (Vorjahr: TEUR 9.792)		
	267.776.407,13	159.439
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	33.065.609,57	24.807
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	39.844.201,37	42.728
	43.736.720,86	42.002
9. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	84.855.290,78	105.053
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 84.855.290,78 (Vorjahr: TEUR 105.053)		
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27.972.382,70	43.796
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 24.581.565,44 (Vorjahr: TEUR 30.649)		
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	241.191,37	157
davon an verbundene Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr: TEUR 0)		
	112.586.482,11	148.692
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	25.378.036,96	15.080
13. Ergebnis nach Steuern	130.945.166,01	175.614
14. Sonstige Steuern	5.523.204,56	7.707
15. Jahresüberschuss	125.421.961,45	167.907

Dow Olefinverbund GmbH, Schkopau

Anhang für das Geschäftsjahr 2025

1. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss 2025

1.1 Vorbemerkung

Die Dow Olefinverbund GmbH, Schkopau (nachfolgend kurz „DCG“ oder „Gesellschaft“ genannt) hat ihren Sitz in Schkopau und ist eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Stendal unter der Nummer HRB 214698.

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 3 HGB. Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 wurden auf der Grundlage des Handelsgesetzbuches, des GmbHG und des DMBilG erstellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Als gesonderte Posten werden Emissionsberechtigungen unter den Vorräten sowie Sonderposten für Investitionszulagen und Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen ausgewiesen.

Der Jahresabschluss wurde nach den Grundsätzen der Unternehmensfortführung aufgestellt.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2025 erfolgte nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in aktueller Fassung.

Die Gliederung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den §§ 266 und 275 HGB.

1.2 Besonderheiten im Berichtsjahr

Im Juli 2025 gab die The Dow Chemical Company, (TDCC), Midland/USA, bekannt, dass der Konzern beschlossen hat, die Chlor-Alkali- und Vinyl-Anlagen (CAV) in Schkopau und den Ethylen-Cracker einschließlich der Aromaten- und Butadien-Anlagen in Böhlen Ende 2027 außer Betrieb zu nehmen.

Auf der Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses vom 30. September 2025 erfolgte im Geschäftsjahr eine Ausschüttung aus dem Gewinnvortrag in Höhe von Mio. EUR 850,0.

Per 29. Dezember 2025 wurde die Dow Starfish Holding B.V., Hoek/Niederlande, auf die Dow Europe Holding B.V., Hoek/Niederlande, verschmolzen und damit sind die Geschäftsanteile (10,1 %) an der DCG an die Dow Europe Holding B.V., Hoek/Niederlande, übergegangen.

1.3 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Anlagevermögen

Entsprechend den Vorschriften des DMBilG sind die bereits zum 1. Juli 1990 vorhandenen Vermögensgegenstände wie folgt bewertet worden:

Die Bewertung von Grund und Boden erfolgte einzeln nach Maßgabe der Flurstücke zu Verkehrswerten zum 30. Juni 1991, die anhand vorliegender Gutachten oder Kaufangebote ermittelt wurden.

Soweit Bauten nicht nach Maßgabe von Verkehrswertgutachten oder Kaufangeboten bewertet wurden, kamen die Wiederherstellungskosten zum Ansatz. Von den ermittelten Verkehrswerten bzw. Wiederherstellungskosten wurden für die zwischenzeitliche Nutzung entsprechende Abschreibungen unter Anwendung der steuerlichen AfA-Tabelle vorgenommen.

Die Bewertung der technischen Anlagen und Maschinen, der anderen Anlagen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung in der D-Mark-Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 beruhte auf Wiederbeschaffungskosten, vermindert um Wertabschläge für die zwischenzeitliche Nutzung, für unterlassene Instandhaltung und Kontamination sowie für das Zurückbleiben hinter dem technologischen Niveau, gemessen am Stand produktverwandter Wettbewerber.

Nach dem 1. Juli 1990 zugewandene immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und linear pro rata temporis auf der Grundlage der erwarteten Nutzungsdauer abgeschrieben.

In die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen werden Material- und Fertigungseinzelkosten zuzüglich angemessener Gemeinkostenanteile gemäß § 255 Abs. 2 Satz 2 HGB einbezogen.

Als Abschreibungsraten werden, angewendet bei:

	<u>% p.a.</u>
Immateriellen Vermögensgegenständen	4,0 bis 33,3
Geschäfts- und Fabrikgebäuden	2,0 bis 20,0
Technischen Anlagen und Maschinen	4,0 bis 33,3
Anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4,0 bis 50,0

Anlagegegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten EUR 250,00 übersteigen und unter EUR 1.000,00 liegen, werden über fünf Jahre abgeschrieben. Geringwertige Anlagegüter sowie Software bis EUR 250,00 Anschaffungskosten werden grundsätzlich im Jahr des Zugangs sofort in voller Höhe abgeschrieben.

Ohne Rücksicht darauf, ob die Nutzung der Anlagegegenstände zeitlich begrenzt ist, werden bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens bei voraussichtlich dauernder Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen, um diese mit dem niedrigeren Wert anzusetzen, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist (§ 253 Abs. 3 Satz 5 HGB).

Aufgrund der Entscheidung, die CAV--Anlagen in Schkopau wie auch den Ethylen-Cracker einschließlich der Aromaten- und Butadien-Anlagen in Böhlen Ende 2027 stillzulegen, wurde die Nutzungsdauer der Anlagen verkürzt. Bis Ende 2027 werden damit diese Anlagen vollständig abgeschrieben sein. Aus der Verkürzung der Nutzungsdauer ergibt sich im Geschäftsjahr 2025 ein die Abschreibungen erhöhender Betrag in Höhe von Mio. EUR 8,2.

Die Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert zum Abschlussstichtag bewertet.

Vorräte

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgt unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu durchschnittlichen Anschaffungskosten.

Bei den Herstellungskosten der fertigen Erzeugnisse werden neben den direkt zurechenbaren Kosten für Material, Fertigungseinzelkosten und Sondereinzelkosten der Fertigung auch in angemessenem Umfang Material- und Fertigungsgemeinkosten und verrechnete Abschreibungen sowie angemessene Teile der Verwaltungsgemeinkosten einbezogen.

Sofern aufgrund des Niederstwertprinzips notwendig, werden die fertigen Erzeugnisse mit den im Vergleich zu den Herstellungskosten niedrigeren Absatzpreisen bewertet.

Soweit erforderlich wurden Wertabschläge vorgenommen.

Zum 31. Dezember 2025 hat die Gesellschaft ausschließlich unentgeltlich erworbene Emissionsberechtigungen für CO₂-Emissionen in ihrem Bestand. Diese werden mit einem Wert von EUR 0,00 angesetzt (Marktwert zum Bilanzstichtag: Mio. EUR 66,4) und werden ausschließlich für die Eigenemission benötigt. Der Verpflichtung zur Abgabe von Emissionsberechtigungen ist nach § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB durch die Dotierung einer Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten für die bis zum Abschlussstichtag verursachten Emissionen in Höhe von Mio. EUR 30,6 Rechnung getragen worden.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert abzüglich notwendiger Einzel- bzw. Pauschalwertberichtigungen angesetzt.

Passiva

Sonderposten für Investitionszulagen und Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Sonderposten für Investitionszulagen werden bei Antragstellung bilanziert. Sonderposten für Investitionszuschüsse werden mit Zahlungseingang eingestellt. Die Auflösung der Zulagen wird pauschal in Höhe von 10 % p.a. vorgenommen, während die Zuschüsse konform mit den Abschreibungen des geförderten Anlagevermögens aufgelöst werden.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach dem Projected-Unit-Credit-Verfahren unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit einem Zinsfuß von 2,06 % p.a. auf Basis der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt. Dabei sind Lohn- und Gehaltssteigerungen mit 3,25 % p.a., die jährlichen Steigerungen der Beitragsbemessungsgrenze mit 3,00 % sowie die jährliche Rentenanpassung mit 2,00 % entsprechend berücksichtigt.

Die Pensionsverpflichtungen und Verpflichtungen zur betrieblichen Altersvorsorge wurden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten Marktzinssatz der letzten zehn Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Bis 2015 erfolgte die Abzinsung mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten Marktzinssatz der letzten sieben Jahre. Dieser hätte für das Geschäftsjahr 2,22 % p.a. betragen. Der sich daraus ergebende Unterschiedsbetrag beträgt Mio. EUR -7,1 (Vorjahr: Mio. EUR -2,7).

Soweit für die Pensionsverpflichtungen Rückdeckungsversicherungsverträge existieren, welche an die Pensionäre verpfändet sind, werden die Verpflichtungen und der Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen nach § 246 Abs. 2 HGB verrechnet.

In diesem Zusammenhang erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2022 für leistungskongruent rückgedeckte Pensionszusagen, die unter den Anwendungsbereich des IDW-Rechnungslegungshinweises „Handelsrechtliche Bewertung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen aus rückgedeckten Direktzusagen (IDW RH FAB 1.021)“ fallen, eine kongruente Bewertung. Hierbei wurde der Ergebnisbericht des Fachausschusses Altersversorgung beim Institut der Versicherungsmathematischen Sachverständigen für Altersversorgung e.V. „Aktuarielle Umsetzung des IDW Rechnungslegungshinweises IDW RH FAB 1.021 zur handelsrechtlichen Bewertung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen aus rückgedeckten Direktzusagen“ vom 26. April 2022 berücksichtigt. Das Grundprinzip einer solchen Bewertung ist, dass leistungskongruente Teile der Pensionsverpflichtung und des Rückdeckungsversicherungsanspruchs in gleicher Höhe bewertet werden. Dabei wurde als Methode der Ansatz des Rückdeckungsversicherungsanspruchs in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags der korrespondierenden Pensionsrückstellung (sog. „Primat der Passivseite“) gewählt. Hierbei kam das Deckungskapitalverfahren zur Anwendung. Beim Deckungskapitalverfahren wird die Verpflichtung aus der Pensionszusage auf Basis der Rechnungsgrundlagen der Rückdeckungsversicherung in einen fiktiven Aktivwert für die Pensionszusage umbewertet.

Der unter Anwendung des IDW RH FAB 1.021 ermittelte Buchwert des Rückdeckungsversicherungsanspruchs beträgt Mio. EUR 18,6, der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beträgt Mio. EUR 70,4.

Die Zinserträge aus den Wertguthaben von TEUR 524 (Vorjahr: TEUR 1.134) wurden mit Personalaufwendungen aus der Bildung der Rückstellungen verrechnet.

Steuerrückstellungen und sonstige Rückstellungen

Steuerrückstellungen und sonstige Rückstellungen werden in dem durch § 249 HGB vorgegebenen Rahmen gebildet. Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurde, soweit notwendig und zutreffend, eine Bandbreite von Kostensteigerungen von 1,8 % bis 2,2 % berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind. Für die Abzinsung der Rückstellung betragen die Zinssätze für 2025 je nach Restlaufzeit 1,84 % bis 2,07 %.

Die Rückstellung für geschlossene Altersteilzeitvereinbarungen wurde nach handelsrechtlichen Ansatz- und Bewertungsvorschriften gebildet und unter Anwendung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck bewertet. Es kam ein Zinsfuß von 1,88 % p.a. bei einer mittleren Restlaufzeit von einem Jahr zum 31. Dezember 2025 zur Anwendung.

Die Rückstellungen für Jubiläen wurden nach dem Projected-Unit-Credit-Verfahren unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze auf Basis der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt. Dabei sind Lohn- und Gehaltssteigerungen mit 3,25 % p.a. sowie die jährlichen Steigerungen der Beitragsbemessungsgrenze mit 3,00 % berücksichtigt. Rückstellungen für Jubiläen wurden nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (2,22 % p.a.).

In den sonstigen Rückstellungen sind Verpflichtungen von Mio. EUR 21,2 aus Wertguthaben im Rahmen eines Lebensarbeitszeitkontenmodells enthalten, das den beschäftigten Personen den Eintritt in eine bezahlte ruhestandsnahe bzw. vorübergehende Freistellung ermöglicht. Hierfür können definierte Entgelt- und Zeitbestandteile eingebracht werden. Die diesbezüglich gebildeten Rückstellungen sind gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den Kapitalanlagen zur Sicherung der langfristig fälligen Verpflichtungen aus dem Wertkontenmodell, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung dieser Verpflichtungen dienen, verrechnet worden.

Die fortgeführten Anschaffungskosten und damit der beizulegende Zeitwert i.S.d. § 255 Abs. 4 HGB betragen Mio. EUR 21,2, der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beträgt ebenfalls Mio. EUR 21,2. Die Zinserträge aus den Wertguthaben von TEUR 554,1 wurden mit Personalaufwendungen aus der Bildung der Rückstellungen verrechnet.

Im Juli 2025 gab die TDCC bekannt, die CAV-Anlagen in Schkopau und den Cracker einschließlich der Aromaten- und Butadien-Anlagen in Böhlen Ende 2027 außer Betrieb zu nehmen. Neben Rückstellungen für personalbezogene Restrukturierungsmaßnahmen und Abfindungen (Mio. EUR 99,0) erfolgte auch die Bildung von Rückstellungen zur Stilllegung sowie Demontage und Rückbau der Anlagen.

Für Verpflichtungen zur Stilllegung sowie Demontage und Rückbau der Anlagen wurden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr gebildet. Da die Anlagen weiterhin bestimmungsgemäß bis Ende 2027 in Betrieb sein werden, erfolgt eine ratierte Zuführung der Aufwendungen zu den Rückstellungen. Im Geschäftsjahr wurden diesbezüglich Mio. EUR 17,9 den Rückstellungen zugeführt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Fremdwährungsumrechnung

Forderungen und Verbindlichkeiten werden zu den Konzernumrechnungskursen des Entstehungszeitpunktes gebucht.

Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Konzernumrechnungskurs des Bilanzstichtages, der nur unwesentlich von dem Devisenkassamittelkurs abweicht, bewertet.

Alle übrigen Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung werden zum jeweils geltenden Konzernumrechnungskurs des Entstehungszeitpunktes oder mit dem niedrigeren Devisenkassamittelkurs (Forderungen) bzw. dem höheren Devisenkassamittelkurs (Verbindlichkeiten) am Bilanzstichtag bewertet.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Währungskursgewinne in Höhe von TEUR 110 (Vorjahr: TEUR 179 Währungskursverluste) enthalten.

Derivative Finanzinstrumente

Zur Absicherung von Risiken aus der operativen Geschäftstätigkeit wurden im Geschäftsjahr Derivate zur Absicherung von Währungsrisiken eingesetzt. Zur Absicherung dieser Risiken werden marktübliche Devisentermingeschäfte verwendet. Handelsrechtlich werden derivative Finanzinstrumente grundsätzlich erst im Zeitpunkt ihrer Glattstellung erfasst. Davor erfolgt eine Bilanzierung der schwebenden Geschäfte gemäß § 256a HGB.

Latente Steuern

Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund der sich ergebenden Steuerentlastung nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht. Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Dabei werden bei der DCG nicht nur die Unterschiede aus den eigenen Bilanzposten einbezogen, sondern auch solche, die bei Organtöchtern bzw. bei Personengesellschaften bestehen, an denen die DCG mittelbar über Organtöchter beteiligt ist. Dabei resultieren zeitliche Unterschiede insbesondere aus handels- und steuerrechtlich abweichenden Wertansätzen bei Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen, Sonderposten für Investitionszulagen und Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen, Pensionsrückstellungen sowie sonstigen Rückstellungen. Zusätzlich zu den zeitlichen Bilanzierungsunterschieden werden steuerliche Verlustvorträge berücksichtigt. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der DCG von aktuell 30,249 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Abweichend hiervon werden latente Steuern aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden bei Beteiligungen in der Rechtsform einer Personengesellschaft auf Basis eines kombinierten Ertragsteuersatzes ermittelt, der lediglich Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag beinhaltet; dieser beträgt derzeit 15,825 %. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Falle einer Steuerentlastung würde vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht werden. Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine – nicht bilanzierte – aktive latente Steuer.

2 Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

2.1 Anlagevermögen

Von den gesamten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgehend entwickelte sich das Anlagevermögen wie im Anlagenspiegel (Anlage zum Anhang) dargestellt.

2.2 Vorräte

Entsprechend dem Asset Transfer Agreement zur STAR-Implementierung zum 1. Juli 2002 produziert die DCG seit diesem Zeitpunkt im Auftrag der DEG unter Erstattung ihrer Fertigungskosten zzgl. eines Verarbeitungsentgeltes und verfügt, bis auf die Ersatzteile, nicht über eigene Vorratsbestände. In der Bilanz werden unter dem Posten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe Ersatzteile in Höhe von Mio. EUR 104,2 ausgewiesen.

2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die ausgewiesenen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben bis auf Mio. EUR 0,2 (Vorjahr: Mio. EUR 466,4) eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Auf **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** von Mio. EUR 27,4 wurden Wertberichtigungen in Höhe von Mio. EUR 0,2 gebildet.

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2025	Vorjahr
	Mio. EUR	Mio. EUR
aus Darlehen gegen DIFS (Cash Pool)	211,2	851,5
aus Lieferungen und Leistungen	245,1	131,5
aus umsatzsteuerlicher Organschaft	0,7	10,1
aus Ergebnisabführungen	84,8	105,1
	<u>542,5</u>	<u>1.098,2</u>

Die Gesellschaft ist in den Cash Pool mit der Dow International Finance S.à.r.l., Zug, Schweiz (DIFS), eingebunden.

Die Forderungen aus dem Cash Pool gegen die Dow International Finance S.à.r.l., Zug, Schweiz (DIFS), in Höhe von Mio. EUR 211,8 entfallen im Geschäftsjahr auf kurzfristige Forderungen (Vorjahr: Mio. EUR 385,2). Im vorangegangenen Geschäftsjahr waren zudem langfristige Forderungen in Höhe von Mio. EUR 466,4 Bestandteil der Forderungen aus dem Cash Pool.

Der Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen resultiert im Wesentlichen aus der Weiterbelastung der Aufwendungen aus Restrukturierungsmaßnahmen an die DEG.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** in Höhe von Mio. EUR 31,5 entfallen insbesondere auf Steuerforderungen gegen Finanzämter und andere Behörden.

2.4 Eigenkapital

Das **Gezeichnete Kapital** der Gesellschaft beträgt EUR 236.580,00.

Die **Kapitalrücklage** der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2025 Mio. EUR 1.104,0 (Vorjahr: Mio. EUR 1.104,0).

Der **Gewinnvortrag** der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2025 Mio. EUR 93,8 (Vorjahr: Mio. EUR 775,9).

Auf der Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses vom 30. September 2025 erfolgte im Geschäftsjahr eine Ausschüttung aus dem Gewinnvortrag in Höhe von Mio. EUR 850,0.

2.5 Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen sind zum Stichtag in Höhe von Mio. EUR 235,9 (Vorjahr: Mio. EUR 234,3) im handelsrechtlichen Jahresabschluss erfasst.

Der Zinsertrag aus den Pensionsverpflichtungen beträgt Mio. EUR 3,2 (Vorjahr: Mio. EUR 0,4). Darüber hinaus wird der reguläre Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen im Personalaufwand ausgewiesen.

Die Sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2025	Vorjahr
	Mio. EUR	Mio. EUR
Restrukturierung und Abfindungen	106,2	0,4
Emissionszertifikate	30,6	22,4
Ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen	19,6	20,7
Stilllegungskosten und Rückbauverpflichtungen	17,9	0,0
Sanierung Boden und Grundwasser Speyer	7,6	7,1
Altersteilzeit	7,4	8,6
Jubiläumszahlungen	3,6	3,7
Erfolgsabhängige Mitarbeitervergütung und Jahresleistung	2,0	4,4
Urlaubsrückstände	0,9	1,0
Abwasserabgabe/Wasserentnahmeabgabe	0,8	0,6
Rückstellung für tarifliche Jahresleistungen	0,7	0,7
Aktienvergütungsprogramme	0,6	1,0
Prüfungs- und Rechtsberatungskosten	0,1	0,1
Übrige Rückstellungen	0,5	0,6
	<u>198,5</u>	<u>71,3</u>

2.6 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten weisen folgende Fristigkeiten auf (Vorjahr in Klammern):

	Gesamtbetrag		Restlaufzeit	
	31.12.2025	bis zu 1 Jahr	von 1 bis 5 Jahren	über 5 Jahre
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	45,8	45,8	0,0	0,0
	(52,4)	(52,4)	(0,0)	(0,0)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3,9	3,9	0,0	0,0
	(1,8)	(1,8)	(0,0)	(0,0)
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	3,0	3,0	0,0	0,0
	(3,7)	(3,7)	(0,0)	(0,0)
Sonstige Verbindlichkeiten	2,5	2,5	0,0	0,0
	(6,3)	(6,3)	(0,0)	(0,0)
	55,2	55,2	0,0	0,0
	(64,2)	(64,2)	(0,0)	(0,0)

Besicherungen zu ausgewiesenen Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2025	Vorjahr
	Mio. EUR	Mio. EUR
aus Lieferungen und Leistungen	3,6	1,8
aus umsatzsteuerlicher Organschaft	0,3	0,0
	3,9	1,8

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern** betreffen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber der TDCC.

2.7 Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Zukünftige Zahlungsverpflichtungen resultieren aus langfristigen Energie- und Betriebsstoffversorgungsverträgen, aus Leasing- und Mietverträgen sowie aus Verpflichtungen aus Dienstleistungsverträgen in Höhe von Mio. EUR 55,5 (Vorjahr: Mio. EUR 54,4).

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen nicht.

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

3.1 Aufgliederung der Umsatzerlöse

	2025	Vorjahr	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Auftragsverarbeitung für DEG	722,2	588,1	134,1
Energieverkäufe und Serviceleistungen			
Industriepark	131,5	128,7	2,8
Serviceleistungen für Dow-Unternehmen	62,8	76,8	-14,0
Serviceleistungen für Equipolymers	40,0	39,5	0,5
	<u>956,5</u>	<u>833,1</u>	<u>123,4</u>

3.2 Sonstige betriebliche Erträge

Im Geschäftsjahr waren periodenfremde Erträge aus einer erhaltenen Beihilfe für indirekte CO₂-Kosten, das Jahr 2024 betreffend, in Höhe von Mio. EUR 22,9 zu verzeichnen und periodenfremde Erträge aus sonstigen Erstattungen in Höhe von Mio. EUR 6,2.

3.3 Zinsergebnis

Im Zinsergebnis sind Aufwendungen und Erträge aus der Aufzinsung von Pensions- und längerfristigen Sonstigen Rückstellungen in Höhe von Mio. EUR 3,2 (Vorjahr: Mio. EUR 0,5) enthalten.

Bei den Erträgen und Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensions- und längerfristigen Personalarückstellungen handelt es sich um den Nettoaufwand nach Verrechnung mit Erträgen aus Deckungsvermögen (Mio. EUR 0,5; Vorjahr: Mio. EUR 1,1).

Im Vorjahr waren hier Zinserträge aus einem Rechtsstreit in Höhe von Mio. EUR 12,2 enthalten.

3.4 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** betreffen Körperschaft- und Gewerbesteuer aus dem laufenden Geschäftsjahr und Vorjahre.

4. Sonstige Angaben

4.1 Durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr 2025 waren bei der DCG durchschnittlich 1.419 Personen angestellt, gegenüber durchschnittlich 1.448 beschäftigten Personen im Geschäftsjahr 2024.

	2025	Vorjahr	Veränderung
Produktion	1.245	1.231	14
Logistik	113	109	4
Verwaltung	23	24	-1
Forschung & Entwicklung	8	7	1
Marketing & Verkauf	2	2	0
Altersteilzeit Passivphase	5	45	-40
Mitarbeiter gemäß § 267 Abs. 5 HGB	1.396	1.418	-22
Sonstige Arbeitsverhältnisse	23	30	-7
Durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer gesamt	1.419	1.448	-29

4.2 Mitglieder des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung, Organbezüge

Zum Bilanzstichtag ergibt sich folgende Zusammensetzung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung:

Aufsichtsrat: Herr Ahmed El-Zawahry (Mitglied seit 1. Januar 2025 und Aufsichtsratsvorsitzender seit 13. März 2025) „Commercial Director“

Herr Stefan Soltmann (Stellvertretender Vorsitzender)
„Gewerkschaftssekretär bei IG Bergbau, Chemie, Energie“

Vertreter der Anteilseigner:

Frau Jana Kramer
„Leiterin Steuerabteilung“

Herr Dr. Stefan John (bis 12. Juni 2025)
„Rechtsanwalt“

Herr Hannes Behrendt (ab 12. Juni 2025)
„Legal Counsel“

Frau Ute Spring (bis 12. Juni 2025)
„Präsidentin Dow Deutschland, Österreich, Schweiz und Italien“

Frau Sandra Brückner (ab 12. Juni 2025)
„Leiterin Unternehmenskommunikation Dow Deutschland, Ost- und Südeuropa“

Herr Marc van den Biggelaar
„Senior Sales Director“

Herr Dr. Dick Stobbe (bis 11. Dezember 2025)
„Business Director Energy“

Claudio Ciuchini (ab 11. Dezember 2025)
„Business Director Energy & Climate EMEA & APAC“

**Vertreter der
Arbeitnehmer:**

Herr Dieter Macke
„Gesamtbetriebsratsvorsitzender und Betriebsratsvorsitzender Dow Olefinverbund GmbH, Werk Schkopau“

Herr Andreas Zielke
„Betriebsratsvorsitzender Dow Olefinverbund GmbH, Werk Böhlen“

Frau Peggy Bödewig
„Senior Analytical Specialist“

Herr Norman Friske
„Leiter des Bezirks Leipzig der IG Bergbau, Chemie, Energie“

Herr Robert Gärtner
„Standortleiter Schkopau“

Geschäftsführung:

Frau Kristan Soto, Geschäftsführerin und Werksleiterin DCG

Herr Lars Domogalla, Dipl.-Ing. für Verfahrens- und Umwelttechnik (FH), Geschäftsführer DCG

Herr Mark Junge, Personaldirektor Deutschland, Geschäftsführer DCG

Zwei der Geschäftsführer waren 2025 nicht bei der DCG angestellt und erhielten von ihr auch keine Bezüge. Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angabe der Gesamtbezüge des einen Geschäftsführers verzichtet.

Im Geschäftsjahr betrugen die Bezüge des Aufsichtsrates TEUR 190.

Die Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene beliefen sich am Bilanzstichtag auf TEUR 2.258 und werden mit dem Deckungsvermögen saldiert.

4.3 Angaben zu den Gesellschaftern

Die Geschäftsanteile der DCG werden zum Bilanzstichtag zu 89,9 % von der Dow Europe Holding B.V., Hoek, Niederlande, und zu 10,1 % von der The Dow Chemical Company, Midland, USA, gehalten.

Die Gesellschaft gehört über ihre Gesellschafter zum Konzern der The Dow Chemical Company, (TDCC), Midland, USA (kleinster Kreis vom Unternehmen), sowie zum Konzern der Dow Inc., Midland, USA (größter Kreis von Unternehmen). Der gemeinsame Konzernabschluss (10K-Report) beider Gesellschaften wird bei der U.S. Securities and Exchange Commission (SEC) unter der Registrierungsnummer 001-03433 (TDCC) bzw. 001-38646 (Dow Inc.) veröffentlicht.

Dieser Konzernabschluss wird nach den im U.S. GAAP angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden aufgestellt.

Die DCG wird die englische Version des Jahresabschlusses und der Management 's Discussion and Analysis der TDCC einschließlich des Bestätigungsvermerks veröffentlichen.

4.4 Angaben zum Anteilsbesitz

Die Gesellschaft hält zum Abschlussstichtag folgende unmittelbare Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen:

	Buchwert 31.12.2025 Mio. EUR	Eigenkapital 31.12.2025 Mio. EUR	Beteiligungs- quote %	Jahresergebnis 2025 Mio. EUR
Dow Deutschland Anlagen- gesellschaft mbH, Stade	771,9	579,0	100,0	27,2 ^{1, 2}
Dow Silicones Deutschland GmbH, Wiesbaden	82,4	82,4	100,0	3,8 ^{1, 2}
Dow Pipeline Gesellschaft mbH & Co. KG, Böhlen	21,5	28,2	80,0	0,0
Dow Pipeline Verwaltungs- gesellschaft mbH, Böhlen	0,024	0,07	80,0	0,0
Dow MF Verwaltungs GmbH, Rheinmünster	2,8	2,4	100,0	18,2 ^{1, 2}
Dow Deutschland Verwaltungs Vertriebs GmbH, Wiesbaden	0,3	0,25	100,0	35,6 ^{1, 2}
Industrienetzgesellschaft Schkopau mbH, Schkopau	17,1	10,3	100,0	-1,9 ^{1,}
BKV GmbH, Frankfurt am Main	0,6	20,5 ³	3,9	0,0 ^{1, 3}
InduServ SB GmbH & Co. KG, Schkopau	0,001	0,0 ³	99,9	0,0 ^{1, 3}
InduServ SB Anlagenverwaltung GmbH, Schkopau	0,028	0,0 ³	100,0	0,0 ^{1, 3}
InduServ ST Anlagenverwaltung GmbH, Schkopau	0,028	0,0 ³	100,0	0,0 ^{1, 3}

¹ Jahresabschluss ist zum Aufstellungszeitpunkt noch nicht festgestellt.

² Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der DCG. Das Jahresergebnis weist den Betrag vor Ergebnisabführung aus.

³ Werte 2024, Zahlen zum 31. Dezember 2025 lagen noch nicht vor.

Zudem hält die Gesellschaft über die oben genannten unmittelbaren Beteiligungen zum Abschlussstichtag folgende mittelbare Anteile an verbundenen Unternehmen:

	Eigenkapital 31.12.2025 TEUR	Beteiligungs- quote %	Jahresergebnis 2025 Mio. EUR
über DDVV GmbH und DMFV GmbH			
Dow Stade Produktions GmbH & Co. OHG, Stade	50,0	100,0 ²	38,2 ¹
Dow Produktions und Vertriebs GmbH & Co. OHG, Wiesbaden	145,1	100,0 ³	15,6 ¹

¹ Jahresabschluss ist zum Aufstellungszeitpunkt noch nicht festgestellt.

² Mittelbare Beteiligung über die Dow Deutschland Verwaltungs Vertriebs GmbH, Wiesbaden (70,0 %) und die Dow MF Verwaltungs GmbH, Rheinmünster (30,0 %).

³ Mittelbare Beteiligung über die Dow Deutschland Verwaltungs Vertriebs GmbH, Wiesbaden (56,9 %) und die Dow MF Verwaltungs GmbH, Rheinmünster (43,1 %).

4.5 Derivative Finanzinstrumente

Zum Bilanzstichtag waren zwei Devisentermingeschäfte zur Absicherung von US-Dollar-Forderungen und -Verbindlichkeiten abgeschlossen. Der nicht realisierte Gewinn wurde entsprechend § 256a HGB in Höhe von TEUR 4 als sonstige Verbindlichkeiten erfasst. Die offenen Devisentermingeschäfte in Höhe von Mio. USD 0,6 dienen zur kurzfristigen Absicherung von Forderungen in Höhe von Mio. USD 0,4.

4.6 Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Auf die Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB wird verzichtet, da diese Angaben in dem die Gesellschaft einbeziehenden Konzernabschluss der TDCC bzw. Dow Inc. enthalten sind.

4.7 Gewinnverwendung

Das Geschäftsjahr 2025 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 125.422 (Vorjahr: TEUR 167.907). Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

4.8 Angaben gemäß § 285 Nr. 30a HGB

Aus dem Mindeststeuergesetz ergeben sich keine Auswirkungen. Die Gesellschaft erzielt und versteuert ihr zu versteuerndes Einkommen ausschließlich in Deutschland.

4.9 Nachtragsbericht

Aufgrund der herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat die Dow- Konzernleitung im Januar 2026 ein Programm zur Steigerung von Wachstum und Produktivität und damit zur Wettbewerbsfähigkeit von Dow angekündigt. Angestrebt wird eine kurzfristige Verbesserung des operativen EBITDA in Höhe von mindestens 2 Mrd. USD sowie eine sukzessive Reduzierung des Personalbestands.

Nach derzeitiger Planung sind ca. 85 Beschäftigte an den Standorten der DCG von den beabsichtigten Stellenstreichungen betroffen. Die genauen Auswirkungen und der Zeitplan sind Bestandteil der anstehenden Beratungen mit den Arbeitnehmervertretungen.

Betreffend möglicher Auswirkungen des am 28. Februar 2026 ausgebrochenen „Nahost-Krieges“ verweisen wir auf unsere Erläuterungen im Lagebericht.

Schkopau, den 29. Juni 2026

gez. Kristan Soto

gez. Mark Junge

gez. Lars Domogalla

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2025

		Anschaffungs- und Herstellungskosten				kumulierte Abschreibungen			Buchwerte			
		Stand am				Stand am	Stand am		Stand am	Stand am		
		01.01.2025	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2025	01.01.2025	Zugänge	Abgänge	31.12.2025	31.12.2025	Vorjahr
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten												
		147.482.049,93	17.073,36	61.683,93	137.702,46	147.423.104,76	140.093.023,62	976.122,56	135.610,05	140.933.536,13	6.489.568,63	7.389
2. Geleistete Anzahlungen		8.235,64	488.704,96	-8.307,00	0,00	488.633,60	0,00	0,00	0,00	0,00	488.633,60	8
		147.490.285,57	505.778,32	53.376,93	137.702,46	147.911.738,36	140.093.023,62	976.122,56	135.610,05	140.933.536,13	6.978.202,23	7.397
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken												
		299.405.794,12	4.637.131,72	4.721.686,15	0,00	308.764.611,99	184.793.975,50	5.847.759,44	0,00	190.641.734,94	118.122.877,05	114.612
2. Technische Anlagen und Maschinen		1.870.718.478,42	10.098.448,35	3.807.057,27	8.621.722,85	1.876.002.261,19	1.762.166.155,79	22.798.421,68	7.218.815,96	1.777.745.761,51	98.256.499,68	108.552
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		70.540.572,26	2.843.403,86	1.552.265,27	1.613.735,48	73.322.505,91	63.612.626,99	3.443.305,89	1.547.185,22	65.508.747,66	7.813.758,25	6.928
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		22.616.934,97	637.914,76	-10.134.385,62	8.334.983,19	4.785.480,92	0,00	0,00	0,00	0,00	4.785.480,92	22.617
		2.263.281.779,77	18.216.898,69	-53.376,93	18.570.441,52	2.262.874.860,01	2.010.572.758,28	32.089.487,01	8.766.001,18	2.033.896.244,11	228.978.615,90	252.709
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		910.431.226,24	0,00	0,00	0,00	910.431.226,24	14.323.245,92	0,00	0,00	14.323.245,92	896.107.980,32	896.108
2. Beteiligungen		536.856,48	0,00	0,00	0,00	536.856,48	0,00	0,00	0,00	0,00	536.856,48	537
		910.968.082,72	0,00	0,00	0,00	910.968.082,72	14.323.245,92	0,00	0,00	14.323.245,92	896.644.836,80	896.645
		3.321.740.148,06	18.722.677,01	0,00	18.708.143,98	3.321.754.681,09	2.164.989.027,82	33.065.609,57	8.901.611,23	2.189.153.026,16	1.132.601.654,93	1.156.751

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Dow Olefinverbund GmbH, Schkopau

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss Dow Olefinverbund GmbH, Schkopau – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Dow Olefinverbund GmbH, Schkopau, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft. Die im Abschnitt 4 des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung (Angaben zur Frauenquote).

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Leipzig, den 29. Juni 2026

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Andreas Otter
Wirtschaftsprüfer



Oliver Schrader
Wirtschaftsprüfer

